

Sorgen statt Ernteseegen

Die grüne Branche fühlt sich im scharfen internationalen Wettbewerb von der Bundesregierung im Stich gelassen. Statt einer Stärkung des Anbaus in Deutschland spüren die Erzeuger Existenzangst. Befeuert wird diese durch die Diskussion um eine weitere Anhebung des Mindestlohns. | Alrun Krönert



Auf deutschen Äckern ist gerade allerhand zu tun, die Saison für heimisches Obst und Gemüse hat begonnen. Für die zahlreichen Saisonarbeiter gilt nun der deutschlandweite Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde. Das verschärft die wirtschaftliche Lage der Erzeuger. Wenn die Mindestlohnkommission der Bundesregierung Ende Juni ihren Beschluss zur Anpassung der Lohnuntergrenze für die Zeit ab Januar 2024 vorlegt, warnt die Fruchtbranche davor, den Bogen zu überspannen. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland ohnehin auf einem Spitzenplatz.

Vor drei Jahren hatte die Mindestlohnkommission eine Steigerung in vier Schritten von 9,50 Euro ab Januar 2021 bis auf 10,45 Euro im vergangenen Juli beschlossen. Dem folgte im Oktober die von der Regierung festgelegte Erhöhung auf 12 Euro – ein Plus von 22 Prozent

seit Januar 2022.

Nun fordern Sozialverbände 14 Euro und auch Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) will eine „deutliche“ Steigerung. „Eine weitere Steigerung, dieses Mal um knapp 17 Prozent, würde die Kostenrate insbesondere bei Obst und Gemüse deutlich anheben“, erklärt Andreas Brügger, Geschäftsführer des Deutschen Fruchthandelsverbands.

Sowohl die Löhne in der Produktion als auch in Lagerbetrieben und Distribution würden abermals deutlich steigen, was sich gravierend auf die Preise auswirken müsse. „Aber der Markt funktioniert nicht unbedingt so, wie Arbeitsminister Heil sich das vorstellt.“ Einerseits bestimmten weniger die Kosten, sondern Angebot und Nachfrage die Marktpreise. Und andererseits seien die Machtverhältnisse in den Lieferketten nicht unbedingt ausgeglichen. „Die Stufe der Produktion sowie die Zwischenstufen des Handels werden große Schwierigkeiten haben, ihre Kostensteigerungen weiterzugeben“, erklärt Brügger. Somit erhöhe sich der Druck auf Unternehmen und Mitarbeiter.

Druck verspürt der Gemüse-, Obst- und Gartenbau derzeit von allen Seiten. Viele kleinere Betriebe bangen um ihre Existenz, denn angesichts der kriegs- und inflationsbedingten Kostensteigerungen sowie der in kurzer Zeit vollzogenen Mindestlohnerhöhungen bei zugleich nicht entsprechend gestiegenen Erlösen sind die finanziellen Reserven oftmals erschöpft. „Die bisherigen Lohnerhöhungen waren in Teilen durch Prozessoptimierungen sowie Investitionen in Technik leidlich auszugleichen“, sagt Svea Pacyna-Schürheck, Geschäftsführerin von Landgard Obst und Gemüse. Die Gewinnquote habe sich in den Betrieben mehr als halbiert, viele seien froh, überhaupt noch ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt zu haben. „Bei sachgerechter betriebswirtschaftlicher Betrachtung

schreibt ein nicht unerheblicher Teil der Betriebe bereits ein negatives Ergebnis“, ergänzt ihr Geschäftsführungskollege Thomas Schlich. Bei einem Lohnkostenanteil von 50 Prozent – was bei Sonderkulturen wie Salaten, Beeren, Kern- und Steinobst, Bündelware und dem Unterglasanbau Normalität ist – führe eine Erhöhung des Stundenlohns um zwei Euro ohne Lohnnebenkosten für das betroffene Produkt zu einer Kostensteigerung von mindestens zehn Prozent. „Wenn bisher die Gewinnquote also noch ausgeglichen bei vielleicht fünf Prozent lag, rutscht diese morgen damit in die Verlustzone“, sagt Schlich.

„Aktuell nimmt die Politik der Branche ihren Mut für Investitionen“, bedauert auch Frutania-Chef Markus Schneider. Immer mehr Auflagen in immer kürzerer Zeit verunsicherten enorm. So müsse den politischen Akteuren klar werden, in welchen Rhythmen im handarbeitsintensiven Sonderkulturbereich geplant wird. „Bei Beeren sprechen wir von drei bis fünf Jahren, wenn sie in Tunneln oder auf Stellagen angebaut werden, von sieben bis neun Jahren und bei Baumkulturen von 15 Jahren.“

Tim Strübing, Geschäftsführer der Obst vom Bodensee Vertriebsgesellschaft, fügt hinzu: „Obstanbau ist und bleibt Handarbeit entlang der Lieferkette.“ Zwar gebe es Modellprojekte zu Automatisierung, dennoch werde der Erwerbsanbau langfristig auf Handarbeit und damit Saisonarbeitskräfte angewiesen sein. Bei der Apfelernte müsse mit rund 550 Stunden pro Hektar gerechnet werden, im Bio-Anbau sogar mit 650 Stunden. „Diese Investition muss sich auch wertschöpfend niederschlagen“, sagt Strübing.

Darauf hofft auch Hans Widmann, geschäftsführender Gesellschafter der Herbert Widmann GmbH, der in einen Vollernter für Heidelbeeren investiert hat. Allerdings werde es noch lange dauern, bis sich das rechne. „Im Moment verlieren wir in den Tests Ware“,

so Widmann. Denn die Maschine pflücke auch unreife Beeren, die später in der Tonnage fehlten, weshalb Sortierer weiterhin gebraucht würden. Außer bei Heidelbeeren könne bei allen anderen Beeren noch gar keine Automatisierung in Betracht gezogen werden – alle Versuche seien bislang gescheitert.

Investitionen in Maschinen, um Arbeitsplätze zu ersetzen, werden sich nach Einschätzung des Gemüsespezialisten Rudolf Behrwann nur in großen Strukturen rechnen. Wenn überhaupt, sagt er. Inflation und drohende Rezession führten zu Kaufzurückhaltung und preisbewusstem Einkauf. „Trotz gegenteiliger Beschwörungen ist die Einkaufsrealität nicht an Moral gebunden, der Geldbeutel regiert“, so Behr. Das habe fatale Folgen auf lohnkostenstarke Kulturen und Betriebe. Daher versuche auch die Behr AG durch beschleunigte Mechanisierung den Kostendruck erträglich zu machen. „Aber der bäuerliche Familienbetrieb wird durch diese Regierung gekillt.“

Die gesamte Branche befürchtet eine weitere Verlagerung der Produktion ins Ausland, wo es zumeist einen deutlich niedrigeren oder gar keinen Mindestlohn gibt. Und Länder wie Belgien oder Frankreich bezuschussen entweder die Beiträge der Niedriglöhner oder gewähren Nachlässe bei den Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung. Letzteres kann laut Institut der Deutschen Wirtschaft bis zu 500 Euro je Beschäftigten und Monat ausmachen. Für Franz-Josef Holzenkamp, Präsident des Deutschen Raiffeisenverbands, ist somit klar: „In der Diskussion um eine weitere Anhebung des Mindestlohns ist nicht entscheidend, dass unsere Unternehmen im Vergleich zu ihren Wettbewerbern im europäischen Ausland nicht weiter geschwächt werden. Die absolute Höhe des Mindestlohns ist nicht entscheidend, sondern es geht um die Frage, ob es zu einer Wettbewerbsverzerrung kommt.“

Große Unterschiede in Europa

Gesetzliche Mindestlöhne in ausgewählten EU-Ländern in Euro/Stunde

